

0713
Diskussionsbeiträge
zur Subsistenz Nr. 1

**Frauen,
Nahrung**

Maria Mies

und
Eine ökofeministische Analyse
globaler
zum Welternährungsgipfel
Handel

13.-17. November 1996 in Rom

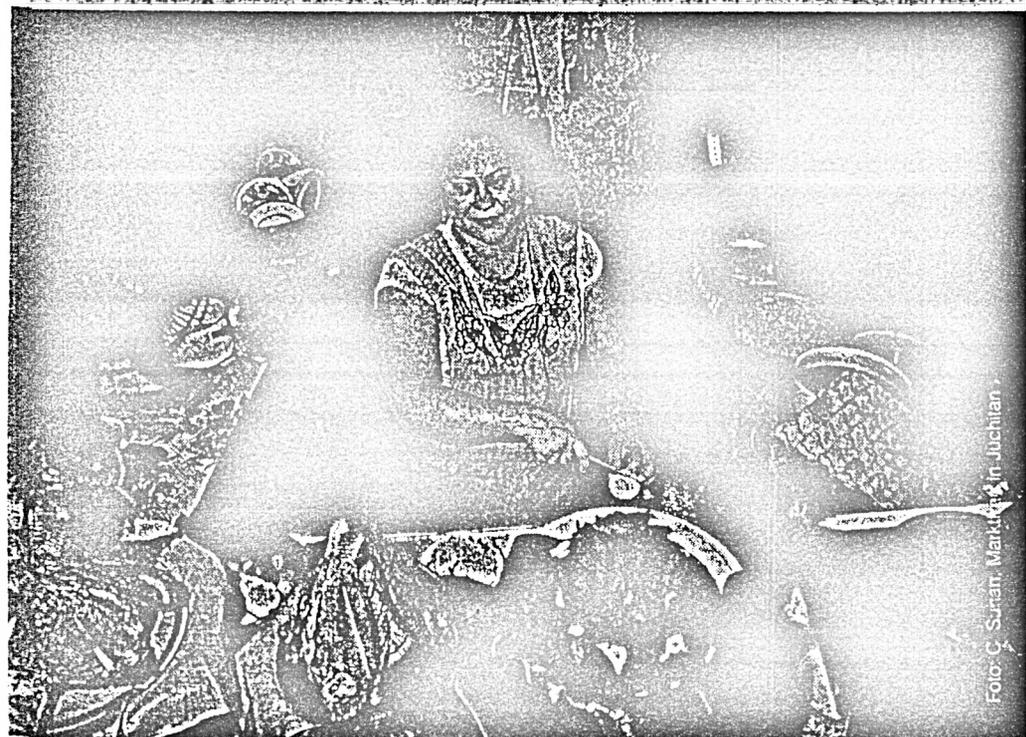


Foto: C. Surran, Markt in Juchitan

ZU DIESER BROSCHÜRE

Nahrung bedeutet Leben. Alle Menschen müssen essen. Darum herrscht weltweit Übereinstimmung darüber, daß das Recht auf Nahrung unzertrennbar verbunden ist mit dem Grundrecht auf Leben.

Die Tatsache, daß dieses Grundrecht für mindestens 800 Millionen Menschen dauernd verletzt wird, ist ein Skandal. Der Welternährungsgipfel der FAO, der vom 13.-17. November 1996 in Rom stattfindet, will diesen Skandal beenden. So weit so gut. Aber ist sie mit ihrer Ursachenanalyse und mit ihrer Politik überhaupt dazu in der Lage?

Wenn man/frau sich hierzulande umhört, dann ist der Welternährungsgipfel und sein Ziel: "universale Ernährungssicherheit" kaum ein Thema. Die Menschen sehen keinen Zusammenhang zwischen billigen Nahrungsmitteln aus aller Herren Länder in den übervollen Supermärkten hier und dem Hunger in der Dritten Welt, dem Bauernsterben hier und anderswo, der zunehmenden Arbeitslosigkeit und der globalisierten Marktwirtschaft. Es herrscht vor allem eine verbreitete Ignoranz über die internationalen Institutionen- GATT/WTO, Weltbank/IMF- und die Multinationalen Konzerne, die heute diese Globalisierung betreiben und unser Grundrecht auf Nahrung in der Hand haben.

Die vorliegende Broschüre hat das Ziel, dazu beizutragen, diese Zusammenhänge durchschaubar zu machen. Sie will vor allem deutlich machen, daß es vor allem Frauen waren und sind, die für Nahrungssicherheit sorgen und sorgen, und nicht die Multinationalen Konzerne. Insbesondere soll deutlich werden, daß mangelnde Nahrungssicherheit nicht bloß ein Problem armer Länder ist, sondern daß auch die KonsumentInnen im Norden keine Nahrungssicherheit mehr haben können.

Ich danke allen, die mich bei der Arbeit an dieser Studie unterstützt haben. Vor allem den Freundinnen vom ITPS, sage ich Dank. Wertvolle Anregungen habe ich erhalten durch die Arbeiten der BUKO - Agrarkoordination und den indischen FreundInnen von der Research Foundation for Science, Technology and Natural Resource Policy in New Dehli.

Ich danke vor allem Peter Rottach, dem Leiter der Agrarabteilung von Brot für die Welt für seine Unterstützung für diese Studie.

Ich hoffe, daß sie zu einer breiten Diskussion beiträgt.

Köln, den 15.8.1996

MARIA MIES

1. Der Welternährungsgipfel vom 13. - 17. November 1996 in Rom

Vom 13. bis 17. November 1996 findet der "Welternährungsgipfel" (WEG) in Rom statt. Er wird organisiert von der Food and Agriculture Organisation (FAO) der Vereinten Nationen und hat das Ziel, den chronischen Hunger und die Unterernährung in der Welt bis zum Jahre 2010 zu beseitigen. Bis dahin soll "universal food security" - also "Ernährungssicherheit für alle Menschen" erreicht sein. In den Vorbereitungspapieren zu diesem Welternährungsgipfel wird Ernährungssicherheit definiert als ein Zustand, "wo alle Menschen zu allen Zeiten Zugang zu sicherer und nahrhafter Nahrung haben, damit sie ein gesundes und aktives Leben führen können." (WFS 96 Tech/7, S.5) (übers. M.M.)

"Ernährungssicherheit" soll sowohl auf der Ebene des Individuums, als auch des Haushalts, der Nationen und global erreicht werden. Sie wird gemessen in Kalorien pro Kopf pro Tag. Während den Menschen in den 21 reichsten Ländern des Nordens pro Kopf pro Tag mehr als 3400 Kalorien zur Verfügung stehen, müssen sich die Menschen in 86 Ländern des Südens mit 2300 Kalorien pro Tag begnügen. Diese Zahl gilt als Maßlatte für "Ernährungsunsicherheit" bzw. chronische Unterernährung. Am schlimmsten ist die Situation in Afrika südlich der Sahara, wo die tägliche Kalorienmenge pro Person nur 1300 beträgt.

Insgesamt jedoch ist das Angebot an Nahrung von 1961 bis 1992 weltweit gestiegen. Das gilt für die 21 reichen Länder des Nordens, wie für viele arme Länder des Südens, allerdings wieder mit Ausnahme von Afrika südlich der Sahara, wo der Kalorienunterschied zwischen "gut genährten" Ländern und "unterernährten Ländern" 1961 900 Kalorien ausmachte, 1992 betrug er bereits 1400 Kalorien. (WFS 96 Tech/7)

Die FAO sieht es als Ziel des WEG an, diese Kluft zwischen reichen und armen Ländern in bezug auf Ernährung zu schließen und weltweit bis zum Jahr 2010 2700 Kalorien pro Person pro Tag (pc/pd) zu erreichen. Ein richtiges Ziel, so scheint es, bedenkt man, daß zur Zeit 800 Millionen Menschen unter chronischer Unterernährung und/oder Hunger leiden.

Allerdings tauchen bei einer solchen Definition von "Ernährungssicherheit" sofort einige Zweifel auf, die bei genauerer Durchsicht der Vorbereitungspapiere der FAO für den WEG verschärft werden. Hier einige dieser Fragen, die sich mir gestellt haben:

- Ist Nahrungssicherheit¹ nur eine Frage der Kalorienmenge, die eine Person pro Tag zu sich nimmt? Müßte nicht auch an die Gesundheit der Nahrung, an die Frage der ökologischen, sozialen, ökonomischen, kulturellen Wirkungen bei ihrer Produktion, Verarbeitung und Verteilung gedacht werden? Müßte man nicht auch da von Unterernährung reden, wo Kinder und Jugendliche hauptsächlich mit "junk-food" und Coca-Cola ernährt werden? Dann wäre Nahrungsunsicherheit nicht nur eine Frage von Armut im Süden, sondern wäre auch in den Ländern des Nordens, inmitten übervoller Supermärkte anzutreffen. Brauchen wir nicht auch eine **qualitative** Bestimmung von Nahrungssicherheit? Das ist zumindest die Lektion, die uns u.a. der BSE-Skandal erteilt.
- In den FAO-Vorbereitungspapieren wird zwar der Unterschied in den zur Verfügung stehenden Kalorienmengen im Norden und Süden angegeben, es wird aber nirgendwo die Frage aufgeworfen, ob vielleicht die **Unterernährung** der 75 - 80% der Weltbevölkerung im Süden ursächlich zusammenhängt mit dem **Überkonsum** der 20% Menschen in den Ländern des Nordens. Die Ernährungssituation der reichen Länder und Klassen wird als unabhängig betrachtet von der Ernährungssituation in den armen Ländern, Klassen und Gruppen. Die Tatsache, daß es dort keine Nahrungsunsicherheit gibt, wird dem technischen Fortschritt und damit der Produktivitätssteigerung und vor allem dem ökonomischen Wachstum und dem Handel zugeschrieben.

Das gilt auch für die Länder des Südens, deren Ernährungssituation sich zwischen 1962 und 1992 verbessert hat. Diese Zunahme

¹ Ich ziehe diesen Begriff dem der "Ernährungssicherheit" vor, der in den offiziellen deutschen Texten als Übersetzung für "Food Security" angegeben wird.

von Nahrungssicherheit wird auf den Import von Nahrung und vor allem auf wirtschaftliches Wachstum zurückgeführt.

Als Hauptursache für wachsende Nahrungsunsicherheit in den armen Ländern wird das **Bevölkerungswachstum** angegeben, mit dem die Nahrungsproduktion bis zum Jahr 2010 nicht Schritt halten könne.

Die Bevölkerungszunahme wird seit längerer Zeit bei allen großen UN-Konferenzen angeführt, um die Ursache für die jeweiligen Weltprobleme zu benennen: für Armut, die ökologischen, klimatischen, Wohnungs- und Gesundheitsprobleme. Dabei wird in den FAO-Papieren zugegeben, daß die malthusianische Logik, daß die Nahrungsproduktion langsamer steige als das Bevölkerungswachstum, so nicht stimmt. Denn die Wachstumsrate der Bevölkerung ist weltweit zurückgegangen, auch in vielen Entwicklungsländern. 1965 - 70 war sie 2.1%, heute ist sie 1.6% und wird weiter sinken. Die FAO rechnet daß sie im Jahr 2020 - 25 bei 1.0% liegen wird.

Dennoch hungern - trotz gestiegener Nahrungsproduktion und/oder gestiegenem Nahrungsimport zunehmend Menschen im Süden. Hier gibt die FAO zu, daß dies vor allem am Mangel von Geldmittel für Nahrung, nicht aber am Nichtvorhandensein von Nahrung liegt. Das heißt: es ist genügend Nahrung vorhanden, auch für die Zukunft, aber das Einkommen vieler Menschen im Süden ist zu gering, um sie kaufen zu können. (WFS 96/Tech 1 S.8)

- Damit sind wird bei einer entscheidenden Frage, nämlich der, warum bei einer Welt voll Nahrung die Mehrheit der Menschen unterernährt ist und hungert. Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns das gesamte globale kapitalistische Wirtschaftssystem ansehen, in dem Nahrung nur als Ware produziert, verarbeitet und gehandelt wird. Dieses Wirtschaftssystem, insbesondere seine neoliberalen Grundlagen und Prinzipien, werden in den FAO-Papieren jedoch nicht genannt, geschweige denn kritisiert. Im Gegenteil: Liberalisierung des weltweiten Agrar- und Nahrungshandels wird als wichtigstes Mittel zur Herstellung von Nahrungssicherheit für alle gepriesen. Der Weg zu diesem Ziel wird als linearer, evolutionärer Prozeß angesehen, in dem die armen Länder durch "nachholende Entwicklung" und globalen Freihandel den Status der Nahrungssituation und den Lebensstil der reichen Länder erreichen werden, wobei dieser Lebensstil

nicht hinterfragt wird in bezug auf die ökologischen, sozialen, kulturellen Kosten, die er verursacht.

Dieser neoliberale Ansatz, der den Analysen der FAO zugrunde liegt, ignoriert die tatsächliche Struktur der Weltwirtschaft, die gekennzeichnet ist durch **Polarisierungen** zwischen Regionen, Ländern, Klassen, Metropolen, Peripherien und den beiden Geschlechtern. D.h. die einen wachsen **auf Kosten** der anderen, die einen konsumieren zu viel auf Kosten jener, für die es dann nicht mehr reicht. Diese Struktur der globalisierten Marktwirtschaft wird aufrechterhalten durch **Zwang** zwischen ökonomisch Starken und Schwachen und durch ungleiche Tauschverhältnisse.

Was mir bei der Durchsicht der FAO-Papiere aber besonders auffiel, war die praktische Abwesenheit der Gruppe, die weltweit und seit Urzeiten für die tägliche Nahrung der Menschen gesorgt hat, die **Frauen**. Zwar gibt es regelmäßige Verweise auf Frauen, und die Forderung, sie gleichberechtigt an den die Nahrung betreffenden Entscheidungen zu beteiligen, wird jedem inhaltlichen Schwerpunkt hinzugefügt. Dies erfolgt jedoch nach dem bekannten Rezept: **"Add Gender And Stir"**! (Fügen Sie "Geschlecht" hinzu und rühren Sie um!) Hinter dieser additiven Vorgehensweise steckt die Annahme, man könne den neoliberalen theoretischen Rahmen lassen wie bisher und brauche ihm nur die bisher vernachlässigten Bereiche hinzuzufügen, also "gender". Dieser Begriff, der inzwischen auch in Deutschland statt "Geschlecht" benutzt wird, vernebelt erneut die Tatsache, daß es weltweit vor allem Frauen sind, die nicht nur die Opfer in diesem expansiven Wirtschaftssystem sind, sondern auch seine wichtigsten, wenn auch unsichtbar gemachten Stützen. (vgl. Mies, 1996 a) u.b))

In ähnlicher Weise werden auch Begriffe wie "Sustainability" (ökologische Nachhaltigkeit), "Participation" (Teilnahme, Teilhabe), "Equity" (Gleichberechtigung), der neoliberalen Gesamtanalyse hinzugefügt, deren Hauptziel die Fortsetzung der Maximierungswirtschaft ist. Die Grundannahme ist, daß das bestehende kapitalistisch-patriarchale Weltmarktssystem alternativlos und das einzige sei, das Nahrungssicherheit für alle Menschen herstellen könne. Widersprüche innerhalb dieses Systems, wie Ungleichheit, Frauenausbeutung und Unterdrückung, Bevölkerungswachstum, zunehmende Armut im Süden, ökologische Zerstörung werden nie als Folgen dieses Systems identifiziert, sondern als mehr oder weniger zufällige Mängel

oder als naturgegeben, die durch die Hinzufügung entsprechender Maßnahmen zu beheben seien. Diese "Add - 'gender' - ('sustainability', 'participation' etc.) and - stir" - Politik läuft jedoch auf nichts anderes als auf eine geschickte Manipulation von Sprache hinaus, die das Ziel hat, einen neuen Diskurs zu schaffen, während die ausbeuterischen und unterdrückerischen Verhältnisse zwischen Männern und Frauen, Klassen, Stadt und Land, Zentren und Peripherien unberührt bleiben und schließlich nicht mehr beachtet werden. Dies gilt insbesondere für die Rolle der Frauen in bezug auf die Herstellung von Nahrungssicherheit.

2. Frauen, seit eh und je die Garantinnen für Nahrungssicherheit

Die Frauenpolitik der FAO, wie sie in den Vorbereitungspapieren zum WEG ausgedrückt ist, beschränkt sich hauptsächlich auf "equal participation of women in decision making processes" - also gleiche Teilnahme von Frauen an allen Entscheidungsprozessen.

Eine solche Gleichstellungspolitik ignoriert und verdunkelt die Tatsache, daß Frauen seit Urzeiten die wichtigsten Garantinnen für Nahrungssicherheit sind. Sie sind die Nahrung für alle in ihrem Körper heranwachsenden Menschenkinder, und wenn diese geboren sind, produzieren sie die erste Nahrung für sie. Diese Tatsache wird freilich zur Zeit verdrängt und verdunkelt dadurch, daß der Zusammenhang zwischen Gebären und Nähren durch die moderne Reproduktions- und Baby-Nahrungsindustrie zerrissen und den Frauen aus der Hand genommen wird. Das bedeutet, daß die kostenlose erste Nahrung, die jede gesunde Frau selbst für ihr Baby produziert, entwertet und durch eine teure Handelsware ersetzt wird. Das Motto: Von der Subsistenz zum Markt! Diese neue gekaufte Babynahrung kann aber niemals Nahrungssicherheit für alle Babies garantieren, denn die Kaufkraft, sie zu erwerben, ist höchstens bei einkommensstarken Gruppen und Klassen vorhanden. Die Orientierung hin auf diese industriell hergestellte Babynahrung erfaßt aber auch die Armen, durch den Anpassungsdruck zu "nachholendem Konsum". Der Markt jedoch zerstört hier die Nahrungssicherung, die auf Prinzipien der Selbstversorgung beruhte.

Doch auch im bezug auf die Beschaffung des "täglichen Brotes" haben Frauen seit frühesten Zeiten bis heute dafür gesorgt, daß ihre Familien und Gemeinden stets etwas zu essen haben. Entgegen dem Mythos vom Mann als Jäger, Ernährer und Brotverdiener ist nachgewiesen, daß in früheren und in heutigen Sammler- und Järgesellschaften bis zu 80% der täglichen Nahrung aus der Tätigkeit der Frauen stammte und daß die Männer nur einen geringen Beitrag zum täglichen Brot leisteten (vgl. Mies 1996 a) S. 73-74).

Doch selbst heute hängt die Nahrungssicherheit für die meisten Menschen mehr von der Arbeit der Frauen als der der Männer ab. In Afrika verrichten Frauen 80% der landwirtschaftlichen und anderen Subsistenzarbeit, die der direkten Selbstversorgung dient. Die Männer arbeiten bevorzugt in export- und marktbezogenen Bereichen. Auch in Asien ist der Anteil der Frauenarbeit an der direkten Nahrungsproduktion sehr hoch. Er soll 50 - 60% betragen, in Lateinamerika soll er 40% sein (vgl. auch Lanje 1995). Außerdem haben unsere Forschungen nachgewiesen, daß die Frauen die Haupternährerinnen ihrer Kinder sind und nicht die sogenannten männlichen Brotverdiener.

Hier sind alle jene Tätigkeiten noch nicht mitgerechnet, die der Nahrungsbearbeitung und -zubereitung dienen, die also zwischen Feld und Haushalt liegen. Auch diese Arbeiten sind in den Entwicklungsländern hauptsächlich Frauenarbeiten; sie werden heute oft dem sog. "informellen Sektor" zugerechnet, wo keine vertraglich geschützte Lohnarbeit existiert.

Zur Nahrungssicherheit gehört m.E. jedoch nicht nur die Produktion von ausreichenden Quantitäten landwirtschaftlicher Rohstoffe, die dann von gigantischen Agrar- und Nahrungskonzernen zu Industrienernährung verarbeitet und vermarktet werden, sondern auch die **Konsumarbeit der Hausfrauen** in den Industrieländern ebenso wie in den Entwicklungsländern. Erst durch diese Arbeit werden aus Nahrungsmitteln eßbare **Lebensmittel**. Erst sie macht es möglich, daß die industriell und synthetisch hergestellten Waren aus dem Supermarkt umverteilt werden und daß aus Eßwaren genießbares Essen für die Menschen entsteht: Diese Transformationsarbeit ist für eine gesunde, menschliche Ernährung absolut notwendig, denn die Eßwaren müssen den sinnlichen Bedürfnissen entsprechend "vermenschlicht" werden, durch die Liebe, die Sorgfalt, die Vorsorge, die Beziehungsarbeit, das kulturelle Wissen um Traditionen, Feste, Zeiten usw., mit dem die Hausfrau die Essens-Waren auswählt, auspackt, den Müll beseitigt, das Essen zubereitet und auf

den Tisch bringt, damit sie genießbar werden. Wenn wir uns alle diese Tätigkeiten und ihre tieferen Bedeutungen vor Augen führen, stellen wir bald fest, daß Essen weit mehr ist als die bloße Zuzichnahme von Kalorien, daß Nahrung eine ganze Kultur bedeutet, daß Frauen hauptsächlich für die Erhaltung und Wiederherstellung dieser Kultur zuständig sind - und letztlich, daß Nahrungssicherheit nicht mehr gewährleistet werden kann, wenn diese Kultur durch die moderne homogenisierte, globalisierte Industrienahrung zerstört wird (Vergl. auch Kaller 1996)

Die Bemühung der Frauen um die Erhaltung einer Eßkultur kann jedoch den fehlenden Nährwert der industriellen Eßwaren nicht ersetzen. Die Frauen können dem Essen nicht wieder hinzufügen, was der "Fortschritt" in der Produktion von Industrienahrungsmitteln den ursprünglichen pflanzlichen und tierischen Produkten und Organismen entzogen hat. Elisabeth Meyer-Renschhausen hat diesen Verarmungsprozeß am Beispiel der Entwicklung vom Brei zum Brot aufgezeigt. (Meyer-Renschhausen 1995, S. 114 ff)

Dieser ganze Bereich der materiellen und immateriellen Frauenarbeit bei der Herstellung, Verarbeitung, Verteilung und Zubereitung von Nahrung und somit der Nahrungssicherheit, kommt in den FAO-Analysen so gut wie nicht vor. Frauenarbeit generell und Hausarbeit insbesondere wird in der patriarchalisch kapitalistischen Gesellschaft unsichtbar gemacht, entwertet und marginalisiert. Sie ist unbezahlt und kommt im Bruttosozialprodukt (BSP) nicht vor. Gezählt wird im BSP nur die Lohnarbeit, die verausgabt wird, um Waren zu produzieren und zu vermarkten, wodurch die Akkumulation von Kapital oder das Wirtschaftswachstum gefördert wird. Es entspricht dieser Wachstumslogik, daß Naturzerstörung, z.B. durch Kriege und ökologische Katastrophen - etwa die Ölverschmutzung durch Exxon Valdez - das BSP steigern und die damit zusammenhängende Arbeit als "produktiv" und wertvoll gilt, nicht aber die Hausarbeit und die Sorge der Frauen für die Nahrung (vgl. Waring 1989).

Diese Unsichtbarmachung der Frauenarbeit bei der Nahrungssicherung ist aber nicht das Resultat irgendeines männlichen Sadismus sondern eine strukturelle Notwendigkeit einer auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Wirtschaft. Hausarbeit als Modell der modernen Frauenarbeit wird nicht als Arbeit definiert sondern gilt als Ausdruck der weiblichen Anatomie und "Liebe". Sie ist zeitlich unbegrenzt, scheint in Fülle vorhanden, wie Luft und Sonne, gilt den Ökonomen als "freies Gut", oder als Naturressource, das Mann und Kapitalisten

sich einfach aneignen können. Diese unbezahlte und unbezahlbare "Arbeit aus Liebe" ist, zusammen mit der Subsistenzarbeit der Bauern nach feministischer Analyse das eigentliche Geheimnis der fortgesetzten Akkumulation von Kapital (Dalla Costa 1973; Bock u. Duden 1976; Bennholdt Thomsen 1992; Mies 1982; v. Werlhof 1992). Dies ist m.E. auch der tiefere Grund, warum die Frauen und ihr Beitrag zur Nahrungssicherung in den FAO-Papieren nicht wirklich ernst genommen werden. Wenn man es täte, müßte man neiner anderen als der multinationalen Monopolistenwirtschaft das Wort reden: entweder versuchen, diese ganze Arbeit zur Lohnarbeit zu machen, d.h. richtig zu bezahlen - was die Profite der Multis nicht nur erheblich schmälern sondern das ganze Akkumulationsgefüge in Frage stellen würde- oder man müßte überall auf der Welt die Subsistenz und Selbstversorgung fördern - was ebenfalls gegen die Interessen der großen multinationalen Konzerne ginge. Denn bei genauerem Hinsehen geht es bei dem WEG der FAO nur vordergründig um universale Nahrungssicherung bis zum Jahr 2010. Das eigentliche Ziel scheint zu sein, die Nahrungsproduktion, -verarbeitung und -vermarktung aus der Hand der lokalen Bauern und vor allem der Frauen zu nehmen und unter die Kontrolle transnational operierender Konzerne wie Nestlé, Cargill, Monsanto, Unilever, Pepsi usw. zu bringen, die dann einen globalen Markt mit Nahrung versorgen.

Bis vor kurzem waren es noch die nationalen Regierungen im Süden, die die Verantwortung dafür hatten, daß die Bevölkerung Zugang zu erschwinglicher Nahrung hatte. Ziel der meisten Regierungen war "self-sufficiency in food" also Selbstversorgung, was die Grundnahrung betrifft. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchten sie die Mitwirkung der eigenen Bauern. Im Entwurf für den Weltaktionsplan, der auf dem WEG abgestimmt werden soll, ist dies Ziel der Self-Sufficiency jedoch aufgegeben und ersetzt worden durch die Liberalisierung und Globalisierung des Agrar- und Nahrungsmarktes. Die letzten Nischen von Subsistenzproduktion in marginalen Regionen sollen in den internationalen Markt integriert werden. Die FAO übernimmt unkritisch das Paradigma des liberalisierten und globalisierten Agrar- und Nahrungsmittelmarktes. Die Frage stellt sich, ob Nahrungssicherheit für alle, innerhalb dieses Rahmens überhaupt zu realisieren ist. Wie ist es zu dieser neuen Politik gekommen?

3. Globalisierung und Liberalisierung des Weltagrar- und Nahrungshandels, regionale Handelsblöcke und Nahrungssicherheit.

Die historische Übersicht über die Entwicklung der globalen Agrar- und Nahrungspolitik, die in dem FAO-Technischen Papier Nr. 7 gegeben wird, zeigt einen deutlichen Wandel in der Strategie zur Erreichung von Nahrungssicherheit auf. Während in den 60er Jahren die meisten Länder des Südens noch eine Politik der Selbstversorgung in bezug auf Nahrung verfolgten - die Selbstversorgungsrate bei Getreide betrug noch 96% - fand in den 70er Jahre ein massiver Getreideimport aus Nordamerika in viele Länder Asiens und Afrikas statt. Vor allem die USA suchten so ihre Getreideüberschüsse, die sie durch hohen Einsatz von Chemie und Erdöl erwirtschaftet hatten, profitabel abzusetzen. Zwischen 1969 - 71. verdreifachten sich die Getreideimporte der Entwicklungsländer und ihre Selbstversorgungsrate sank bis 1981 auf 91%. Zunehmend wurden die Entwicklungsländer zu Netto-Importeuren von Getreide aus den USA, Australien und aus Europa, die auf diese Weise einen Markt für ihre industrialisierte und kapitalintensive Landwirtschaft schufen.

Für die Entwicklungsländer brachte diese Importpolitik zwar kurzfristig eine Lösung bei Versorgungsproblemen, führte aber auch dazu, daß die einheimischen Kleinbauern nicht mehr mit dem billigen Importgetreide konkurrieren konnten, die Landwirtschaft aufgeben und das Land verlassen mußten. Dieses Dumping von Getreideüberschüssen aus den USA und Europa hat vor allem Millionen von Bauernexistenzen ruiniert. (Engels 1995, S.213)

Zum anderen führte diese Politik, zusammen mit dem Import teurer Technologie im Rahmen der "Grünen Revolution" zu einem stets wachsenden Schuldenberg, den die meisten Länder des Südens bis heute nicht abgetragen haben. Viele dieser Länder wandten sich in ihrer Not an die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds (IWF). Diese jedoch verordneten ihnen als Medizin die berühmten berüchtigten Strukturanpassungsprogramme (SAPs), um die Wirtschaft dieser Länder wieder zu sanieren. Sprich: für den globalen, kapitalistischen Markt zu öffnen. Zu diesen SAPs gehört u.a. eine Entwertung der Währung, der Abbau staatlicher Subventionen für die Landwirtschaft, im Sozialbereich, vor allem für Gesundheitsvorsorge, billige Nahrung, Bildungsmaßnahmen, die vor allem arme

Frauen und ihre Kinder treffen. Gleichzeitig wurden die Regierungen unter Druck gesetzt, jede Art von Protektionismus aufzugeben und ihre Wirtschaften zu öffnen für das freie Schalten und Walten multinationaler Konzerne. Das bedeutete und bedeutet für zahllose Kleinindustrien - wie etwa in Indien die Handweber, die bislang vor internationaler Konkurrenz geschützt waren, den Ruin. Ferner bedeuten die Konditionalitäten der SAPs, daß der Staat sich zunehmend aus der Wirtschaft zurückzieht, Staatsbetriebe privatisiert und allgemein die Markt- und Exportorientierung und die Liberalisierung des Handels fördert.

Während ich hier dieses schreibe, berichtet die Presse über eine direkte Folge dieser Politik in Jordanien. Dort haben die SAP's zur Verdoppelung der Brotpreise und zu Brotaufständen geführt.

In Indien faßt man die Quintessenz dieser New Economic Policy unter dem Kürzel G L P (Globalisation, Liberalisation, Privatisation) zusammen. Besonders nach dem Zusammenbruch der staatlichen Kommandowirtschaft wird dieser Thatcherismus und GLP weltweit als die einzig mögliche Wirtschaftsweise zur Lösung aller Probleme propagiert.

3.1 GATT, WTO, Regionale Handelsblöcke und Nahrungssicherheit

1986 wurde diese Politik der Globalisierung, Liberalisierung und Privatisierung durch die Staaten, die das **General Agreement on Tariffs und Trade (GATT)** - also das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen unterschrieben hatten, in der sogenannten Uruguay Runde ² weltweit auch auf den Agrarsektor ausgedehnt. Bislang war der Agrarhandel von der Freihandelspolitik ausgenommen worden, um die einheimischen Bauern zu schützen. Die Verhandlungen der Uruguay Runde des GATT dauerten sieben Jahre und fanden 1994 in Marrakesh ihren Abschluß. Damit wurde nun der Agrar- und Nahrungshandel globalisiert und liberalisiert. D.h. die Regierungen, die GATT unterschrieben hatten, hatten keine Möglichkeiten mehr, ausländischen Konzernen den Zugang zu ihrem Markt zu verbieten,

² Diese Verhandlungsrunde heißt so, weil sie in Uruguay begann.

um die eigenen Bauern oder Verbraucher zu schützen. Die landwirtschaftliche Produktion hatte nicht mehr länger das Hauptziel, die eigene Bevölkerung mit Nahrung zu versorgen, sondern Handelswaren für den Export - je nach internationaler Marktlage - herzustellen. Die Liberalisierung des Agrar- und Nahrungshandels bedeutet ferner, daß große multinationale Konzerne (MNCs) ohne Restriktionen auch in anderen Ländern investieren können. So versucht z.B. Kentucky Fried Chicken überall in Indien seine Fast-Food-Kette zu etablieren.

Die GATT-Bestimmungen enthalten u.a. auch die Klausel über die "Trade-Related-Intellectual-Property-Rights" (TRIPs), also die handelsbezogenen intellektuellen Eigentumsrechte. Hinter diesem Kürzel verbirgt sich vor allem der Versuch der reichen Industrieländer und ihrer MNCs, freien Zugang zu der genetischen Vielfalt der südlichen Tropenländer und zu dem traditionellen Wissen der dortigen Gemeinschaften über Pflanzen, Tiere, Erde usw. zu bekommen, um dieses Wissen dann zu industrialisieren, zu kommerzialisieren, zu privatisieren und am Ende zu monopolisieren (Shiva 1995, a) u.b). Dies wird möglich gemacht, weil die TRIPs es Forschern und Konzernen im Rahmen von GATT/ WTO erlauben, bio- oder gentechnisch manipulierte Pflanzen und Tiere zu patentieren. Die Patentierung von Lebensformen war bis vor kurzem noch nicht möglich. Die Folgen für die einheimischen Bauern und Kleinproduzenten wurden in den letzten Jahren u.a. von der indischen Bauernbewegung gegen GATT und die Patentierung der Produkte des Neem-Baumes deutlich gemacht. Produkte des Neem-Baumes werden seit Jahrtausenden in Indien zur Desinfektion und Schädlingsbekämpfung verwendet. Das Wissen um die Qualitäten von Neem sind Allgemeingut - Allmende. Als der Amerikaner Larson das Patent auf alle Neem-Produkte erwarb und an die Firma W.R. Grace verkaufte, hatte er nichts Neues erfunden, sondern sich nur das uralte Wissen der indischen Bauern privat angeeignet und vermarktet. Hinfort müssen nun die Inder, die Neemprodukte herstellen wollen, Lizenzgebühren an Larson und W.R. Grace zahlen. Vandana Shiva und Jeremy Rifkin haben mit Erfolg beim US-Patent-Amt gegen diese Bio-Piraterie geklagt. (BIJA Nr. 15/16 1996 S.32) Ähnliche Prozesse laufen seit langem bereits auf dem Saatgutsektor ab, wo große MNCs weltweit ihre Kontrolle über Saatgut und alle pflanzengenetischen Ressourcen weitgehend ausgeweitet haben, und ihre kommerziellen Interes-

sen gegenüber der bäuerlichen Bevölkerung durchsetzen und international rechtlich festschreiben.³

Nach dem Abschluß der GATT-Verhandlungen wurde das ganze Regelwerk im Januar 1995 in die World Trade Organisation (WTO) überführt, die nun den Welthandel von Genf aus nach den oben beschriebenen Freihandelsprinzipien regelt. Gleichzeitig sind große regionale Handelsblöcke wie EU, NAFTA, APEC, MERCOSUR gebildet worden oder sind im Entstehen begriffen. Sie sind das Resultat der Konkurrenz in einer globalisierten Ökonomie, der Konkurrenz um Märkte, Investitionen, Produktion und Dienstleistungen.

Die FAO versucht ausdrücklich, das Ziel der universalen Nahrungssicherheit in diesem Rahmen von GATT/WTO zu erreichen. Die Analytiker dieses globalen Freihandels im Agrarsektor erwarten für die OECD-Länder einen Zugewinn von US \$ 25 Billionen und für die Entwicklungsländer und die früheren Ostblockländer einen Zugewinn von US\$ 22 Billionen pro Jahr (FAO-Tech 7 S. 10).

Ob dieser Zuwachs an Geld auch einen Zuwachs an Nahrungssicherheit bedeutet, ist eine ganz andere Frage. Ich halte es für einen Holzweg, Nahrungssicherheit ausgerechnet von den Institutionen, Interessen und theoretischen Grundannahmen zu erwarten, die bisher die Nahrungssicherheit für viele zerstört haben. Dazu folgende These:

Universale Nahrungssicherheit ist unmöglich in einer globalen Marktökonomie, die auf der weltweiten Liberalisierung und Deregulierung des Agrar- und Nahrungshandels und auf den neoliberalen Dogmen der komparativen Kostenvorteile,

³ Am 17.-23.6.1996 fand in Leipzig die FAO-Konferenz über pflanzengenetische Ressourcen statt, die als Vorbereitung für den Welternährungsgipfel in Rom gedacht war. Auf diesem Kongreß setzten sich die USA-Interessen gegen den Widerstand der Bauern und Umweltschützer vor allem aus dem Süden durch, die die Rechte über die Artenvielfalt und Saatgut in der Hand der lokalen Bauern und Kommunen lassen und nicht an die MNCs übergeben wollten.

der universalen Konkurrenz, der Profitmaximierung und des permanenten Wachstums beruht.

Sehen wir uns zunächst einmal an, welche Folgen diese neoliberale und globale Handelsdoktrin bisher für die Armen der Welt hatte. Diese sind, wie bekannt, in der Mehrzahl weiblichen Geschlechts. Die Auswirkungen der Globalisierung auf Frauen im Süden und Norden sind verschiedentlich analysiert und kritisiert worden. So schreibt Veronika Bennholdt-Thomsen, daß nicht nur 70% der Armen der Welt Frauen sind, sondern daß die neoliberale Entwicklung auch in Deutschland zu einer Zunahme weiblicher Armut geführt hat (Bennholdt-Thomsen 1996 a). Was heißt das für Nahrungssicherheit?

- Die globale Freihandelsdoktrin basiert vor allem auf der von David Ricardo entwickelten Theorie der **komparativen Kostenvorteile**. Diese Theorie besagt, daß Güter dort produziert werden sollen, wo die natürlichen Bedingungen am günstigsten und die Produktionskosten am geringsten sind. Z.B. sollten die Portugiesen Wein und nicht Textilien produzieren und Engländer Textilien und nicht Wein. Beide Länder könnten dann vom Handel mit diesen Gütern profitieren. Angewandt auf den Handel mit Agrarprodukten und Nahrung im Rahmen von GATT/WTO bedeutet diese Doktrin heute, daß Nahrung dort produziert wird, wo die Löhne am niedrigsten sind - und wo die Umweltgesetzgebung am laxesten ist. Außerdem bedeutet es, daß die Bauern nicht mehr für die Versorgung der eigenen Bevölkerung produzieren, sondern Produkte für einen externen Markt herstellen, wo höhere Gewinne winken. So wird z.B. in Indien fruchtbares Reisland entlang der Ostküste inzwischen von internationalen Firmen gepachtet oder gekauft, um dort Garnelen-Farmen anzulegen. Die Garnelen werden exportiert nach Europa, Japan und die USA und sind inzwischen billig in unseren Supermärkten zu kaufen. Zur Anlage der Garnelen-Bassins muß Meerwasser auf das Land gepumpt werden, was sowohl dieses Land als auch das Trinkwasser versalzt. Zwischen 1990 und 1994 ist der indische Export landwirtschaftlicher Produkte von 1 Billion Rupies auf 12 Billionen Rupies gestiegen. Davon entfielen 2 Billionen Rupies auf den Export von Garnelen.

Die ökologischen, ökonomischen und sozialen Kosten dieses "Wachstums" tragen jedoch, wie Vandana Shiva nachweist, die loka-

len Gemeinschaften, vor allem die Frauen. Während die Garnelenexporte in den nationalen und globalen Wachstumsstatistiken auftauchen, bleibt die Zerstörung der Grundlagen der lokalen Nahrungs- und Trinkwasserversorgung unerwähnt. Vor allem die Frauen der Fischer- und Bauerndörfer, die seit eh und je von Reis und Fischen gelebt haben, sehen sich nun ihrer Nahrungsgrundlage beraubt. Sie sind diejenigen, die am aktivsten gegen diese Garnelen-Farmen protestieren. Vandana Shiva zitiert Govindamma aus dem Dorf Kurru:

"Zuerst haben sie uns von der Meeresküste vertrieben und wir mußten uns Arbeit auf dem Land suchen. Jetzt bauen sie diese Garnelen-Farmen auf dem Reisland. . . . Dort verlieren wir nun auch unsere Arbeit. Wo sollen wir unser Einkommen verdienen?" (zit. v. Shiva 1995, c) S.14)

Die intensive Garnelenzucht für den Export findet vor allem in den Delta Gebieten der Ostküste Indiens statt, die besonders für den Reisanbau geeignet sind. Heute ist diese Grundlage für lokale Selbstversorgung zerstört. Der finanzielle Zugewinn, der durch den Export von Garnelen entsteht, kann diesen Verlust niemals kompensieren, denn 1. wird er vor allem privat - vor allem von den ausländischen und inländischen Konzernen angeeignet, 2. ist der Lohn der wenigen Leute, die in dieser Industrie Arbeit finden, so gering, daß er kaum Nahrungssicherheit im Sinne der FAO gewährleisten kann. Diese billigen Löhne gehören eben zu den komparativen Kostenvorteilen für die Garnelen-Firmen, denn sonst könnten sie ihre Anlagen auch an deutschen oder japanischen Küsten etablieren.

Außerdem werden mehr Arbeitsplätze durch diese Industrie vernichtet als neu geschaffen werden. Und es ist bekannt, daß diese Garnelen-Farmen nur kurze Zeit "produktiv" arbeiten können, dann werden die Tiere krank und die Firmen müssen sich neue Küstengebiete suchen. Zu den komparativen Kostenvorteilen gehört auch Kinderarbeit, wie das Video "The Violence of the Blue Revolution" belegt.

Das Beispiel der Garnelenproduktion könnte ergänzt werden durch die Blumen- und Erdbeerproduktion für den Export in West-Indien, wo Land, das bisher für die eigene Nahrungsproduktion zur Verfügung stand, nun für Luxusprodukte verwandelt wird, für die bereits übersättigten KonsumentInnen in den Ländern mit hoher Kaufkraft.

Die Doktrin der komparativen Kostenvorteile wurde entwickelt, als die Mobilität von Arbeit und Kapital noch durch nationale Grenzen beschränkt war. David Ricardo hat klar gesagt, daß das Kapital absolute und nicht komparative Vorteile suchen würde, wenn es sich frei über alle Grenzen bewegen könnte. Dann haben die nationalen Regierungen und Parlamente keine Möglichkeit mehr zu verhindern, daß das Kapital statt komparative Vorteile absolute Vorteile sucht. Heute ist dieser Zustand erreicht.

Und dies geht letztlich auf Kosten der Natur, der Armen, der Kinder und der Frauen. Die Suche nach absolutem Vorteil im Agrar- und Nahrungssektor bedeutet für arme Länder des Südens, daß das Überleben der Bauern und die Nahrungssicherheit der Armen geopfert wird für die Wachstumsinteressen des Kapitals. In Indien, schreibt Vandana Shiva, wurden durch diese exportorientierte Politik die Preise für Reis und Weizen erhöht. Gleichzeitig wurden die armen Bauern in armen Regionen durch den Import von Hirse ihres eigenen Marktes beraubt (Shiva 1995, c) S.13).

Daß es im globalen, liberalisierten Markt von Agrarprodukten nur Gewinner geben kann, wenn es irgendwo anders Verlierer gibt, bestätigt die Aussage eines US-Agrarpolitikers:

" ehe die USA ihr ökonomisches Hauptziel, nämlich eine dramatische Steigerung der Getreideverkäufe (nach Europa) erreichen können, müssen sie zuerst die europäische Politik der Ernährungssicherheit zerstören, die die einheimische Produktion fördert." (zit. v. V. Shiva 1995, c) S.14-15)

Dieses Statement drückt die wahren Verhältnisse im globalen Agrarmarkt aus. Damit verschiedene Länder und MNCs ihre komparativen bzw. absoluten Kostenvorteile realisieren können, muß die lokale Selbstversorgung (self-sufficiency) zerstört werden. Bereits seit Anfang der 70er Jahre verfolgen die USA die Politik, Weizen als Waffe zu benutzen. Daß dies heutzutage eine bewußte Strategie auch der multinationalen Konzerne ist, zeigt auch das Beispiel von Pepsi und Bikaneri Bhujia in Indien:

Der Fall von Bikaneri Bhujia

"Bikaneri Bhujia" ist ein traditionelles Snack, das in Bikaner, in Rajasthan in Indien, in Heimindustrie hergestellt wird und bisher 2.500.000 Personen, hauptsächlich Frauen, den Lebensunterhalt sicherte. Pepsi benutzt nun mit seinem Kapital und in seiner Werbung diesen traditionellen Namen, um die Preise der lokalen Hersteller zu unterbieten und so ihren Markt zu zerstören. Pepsi hat keinerlei neue Technologie eingeführt, um diesen Snack herzustellen. Dieser US Multi, der nach der Liberalisierung der Ökonomie frei in Indien operieren kann, eignet sich schlicht das kulturelle Wissen, die traditionelle Technik der Nahrungszubereitung von Millionen einfacher Frauen an, und zerstört ihre Lebensgrundlage. Diese Frauen, aus der Stadt und vom Land, gebildete und ungebildete, verheiratete und Witwen hatten bislang ein Auskommen durch diese Heimindustrie, die genau zu der Region paßt, die diesem Snack seinen Namen gegeben hat. Die Moth-Linsen, die für dieses Snack benutzt werden, wachsen nur in den Wüsten von Bikaner und Jodhpur. Die Heimindustrie hatte einen sicheren lokalen Markt und unterstützte so nicht nur die Frauen sondern auch die Bauern in dieser Wüstenregion, wo sonst nicht viel wächst. Weitere zehntausend Frauen sind mit der Zubereitung von Papad beschäftigt - einem Snack der zu den Bikaneri Bhujias gehört. Und hunderttausende StraßenhändlerInnen leben vom Verkauf dieses beliebten traditionellen Snacks.

Auf der Veranstaltung über "Intellectual Property Rights, Community Rights and Biodiversity" in Delhi wurde berichtet, daß fast die ganze Bevölkerung von Bikaner irgendwie mit Bikaneri Bhujia zu tun habe. Nun habe Pepsi angekündigt, daß sie dieses Produkt aus dem Heimindustrie-Sektor in den High-Tech-Sektor überführen würden. Da sie den traditionellen Handelsnamen gestohlen haben, um den Markt der kleinen Leute zu zerstören, wird dies für die Menschen in Bikaner eine Katastrophe sein. (vgl. BIJA, a Seed Nr. 15-16, S. 29-30)

In Indien wird entsprechend dieser Politik Ackerland, das für die Ernährung der eigenen Bevölkerung notwendig wäre, nun mit Exportfrüchten bepflanzt. Z.B. mit Tomaten für Ketchup von Pepsi statt Weizen im Punjab, Sonnenblumen statt Reis und Hirse in Karnataka, Blumen, Erdbeeren und Früchte für den Export in Maharashtra statt Grundnahrungsmittel. Mais wird als Viehfutter angebaut für den Export nach Europa. Die großen Nahrungskonzerne machen die Bauern zu Vertragsproduzenten, die ihnen die Rohstoffe für die

Herstellung von "Novel Food" liefern, das sie dort verkaufen, wo kaufkräftige Schichten sind.

Die Folgen dieser exportorientierten Freihandelspolitik sind in Indien bereits zu spüren. Der Export von Agrarprodukten, vor allem auch von Getreide, ist in den vergangenen Jahren um 71% gestiegen - von 21.98 Billionen Rupies 1988 - 89 auf 37.66 Billionen 1992-93. Da die indische Regierung entsprechend der neuen ökonomischen Politik keinen Einfluß mehr auf die Preise der Grundnahrungsmittel nehmen durfte, stiegen die Lebensmittelpreise im selben Zeitraum um 63% - was sofort zu einem Rückgang des Pro-Kopf-Konsums von Nahrung pro Tag von 510 g auf 466 g führte (Shiva 1995, c) S.15). In anderen Ländern des Südens sieht es ähnlich aus, wie folgende Analyse belegt.

**Eine Antwort auf die globale Ernährungskrise:
Ein Aktionsvorschlag von JATP.**

Nach Jahrzehnten der Überproduktion, die die Agrarpreise weltweit gesenkt hat, gibt es jetzt einen ernstzunehmenden Mangel im globalen Nahrungsangebot, welches natürlich viel zu sehr von US-Exporten abhängt. Wegen des geringen Angebots sind die Mais- und Weizenpreise seit dem letzten Jahr (1995) um das Doppelte gestiegen und die Lage verbessert sich nicht. Weizenvorräte sind die niedrigsten seit 20 Jahren; Maisvorräte die niedrigsten seit 50 Jahren. Analytiker debattieren darüber, ob die USA nicht ein Export-Embargo verhängen solle, um sicherzustellen, daß genügend heimische Getreidevorräte vorhanden sind, um die Viehhaltungsindustrien aufrechtzuerhalten.

Es ist traurig, daß ein geringeres (Getreide-) Angebot und höhere Preise in den USA Hunger und Armut draußen (in der 3. Welt) bewirken. Jacques Diouf⁴ hat ausgerechnet, daß höhere Getreidepreise 3 Billionen US Dollar zu der Nahrungs-(einfuhr)rechnung der Entwicklungsländer hinzufügen wird. Die große Ironie besteht darin, daß das globale Handelssystem gerade dann versagt, wenn wir es am meisten brauchen. Die Regeln für den Agrarhandel wurden entwick-

⁴ Der neue Generalsekretär der FAO (M. M.)

kelt, um die Überschüsse der letzten Jahrzehnte loszuwerden; und nun liegt plötzlich eine Periode der Nahrungsknappheit vor uns.

In Ländern, wo die Regierungen die Programme der (eigenen) Nahrungssicherheit aufgegeben haben und sich auf den Weltmarkt verlassen, werden Menschen hungern müssen. Mexiko, zum Beispiel, hat seine Zukunft verpfändet, indem es auf die Möglichkeit setzte, immer billigeres US-amerikanisches Getreide kaufen zu können und hat dabei die Politik, die eigene Getreideproduktion zu fördern, aufgegeben. Die mexikanische Nachfrage nach Importgetreide wächst gerade in dem Moment, wo das Angebot knapp und die Preise hoch sind. Im nächsten Jahr wird Mexiko vier Millionen Tonnen Importgetreide brauchen und es ist noch nicht klar, wo es sie, oder ob es sie überhaupt irgendwo finden wird.

Es ist verführerisch, für Knappheiten und hohe Preise schnelle Lösungen zu suchen. Aber wenn wir diesen Weg beschreiben, rennen wir in die Arme der Biotechnologie-Konzerne und der Betreiber der Bevölkerungskontrolle. Die wirkliche Lösung bedeutet, Stabilität in unserem globalen Ernährungssystem zu erreichen, indem die Faktoren eliminiert werden, die mal Überproduktion mal Knappheit, mal hohe, mal niedrige Preise verursachen. Der Schlüssel liegt darin, die nationale und internationale Politik so zu strukturieren, daß stabile Nahrungsproduktionssysteme aufgebaut werden. Um das zu erreichen, müssen die globalen Handelsregeln so geändert werden, daß die Nationen größere Flexibilität haben, auf fluktuierende Märkte zu reagieren und daß sie eine nationale Landwirtschaftspolitik betreiben können, die Nahrungssicherheit für alle ihre Bürger garantieren kann.⁵

Wie soll auf diesem Hintergrund Nahrungssicherheit für alle, vor allem für die ökonomisch Schwächsten, die armen Frauen und Kinder, hergestellt werden? In bezug auf Indien schreibt Vandana Shiva:

⁵ Ein Statement (gekürzt) vom 23. Mai 1996 des Institute for Agriculture and Trade Policy (IATP), 1313 Fifth Street S.E. Suite 303, Minneapolis, Minnesota 55414-1546 USA (übers. v. M..M.) (vgl. auch Bernhard / Kaschinski Spehr 1995)

"Wenn Nahrung, so wie es die Liberalisierung des Handels verlangt, nur noch zu Weltmarktpreisen erhältlich ist, ist Hunger die einzige Gewißheit für die Mehrzahl der Armen, die nicht einmal vor den ökonomischen Reformen genug zu essen hatten. . . ." (Shiva 1995, c S.15) vgl. auch Dillen u. Weber 1995).

4. Frauen als Konsumentinnen im Norden

In vielen Ländern des Südens sind - wie in Indien - große Widerstandsbewegungen von Bauern, indigenen Völkern und anderen marginalisierten Gruppen gegen die neoliberale Freihandelspolitik im Agrar- und Nahrungssektor entstanden. In vielen dieser Bewegungen spielen Frauen eine entscheidende Rolle. Wie Beispiele aus Indien, Bangladesch, Brasilien zeigen, sind Frauen nicht mehr bereit, die Mythen zu akzeptieren, die die Vertreter des kapitalistischen Patriarchats weltweit verbreiten, nämlich:

- daß der wachsende Bevölkerungsdruck die Ursache von Armut, Hunger und Umweltzerstörung sei;
- daß es nicht genug Land für die Nahrungsproduktion gebe;
- daß nur ökonomisches Wachstum den Hunger beseitigen könne;
- daß nur internationaler Handel mit Agrarprodukten Nahrungssicherheit herstellen könne, nicht aber Eigenproduktion, Selbstversorgung und lokale Märkte;
- daß Urbanisierung und Landflucht quasi ein Naturgesetz seien und nicht eine Folge eben jener Zerstörung der ökonomischen und ökologischen Grundlagen auf dem Land;
- daß Bio- und Gentechnologie den Schlüssel für mehr Nahrungsproduktion und damit mehr Nahrungssicherheit bringen könnten;
- daß die weltweiten Probleme von Frauen, besonders der armen, durch mehr Partizipation in diesem strukturell natur- und menschenfeindlichen Wirtschaftssystem zu lösen seien.

Auf der Weltfrauenkonferenz in Beijing wurde von Frauen aus dem Süden, besonders von Landfrauen, dieser Globalisierungspolitik eine klare Absage erteilt. Diese Frauen erkannten, daß sie vor allem die Lasten dieser Produktions- und Konsumtionsweise zu tragen

hatten, daß sie zwar Luxusprodukte für VerbraucherInnen in den reichen Industrieländern herstellen, immer länger und härter arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt sichern zu können, daß sich der Staat außerdem unter dem Druck der Strukturanpassungsprogramme aus seiner Verantwortung für die Armen, besonders die Frauen herausstiehlt, und daß sie dafür nichts als leere Versprechungen über moderne Konsumgüter wie Autos, Fernseher, Waschmaschinen bekommen. Kerstin Lanje zitiert eine Frau aus dem Süden, die ihre Ablehnung dieses Konsummodells ausdrückte:

"All what we get is shit, we don't want it".
(Lanje 1995 S.17)

Ähnlich äußerten sich arme Frauen auf einem von Moema Viezzer organisierten Workshop in Rio, der 1992 im Zusammenhang der UNCED stattfand. Nachdem diese Gummizapferinnen, Fischerinnen, Babacu-Nuß-Zerkleinerinnen, Kleinbäuerinnen, Landarbeiterinnen, städtische Kleinerzeugerinnen sich gegenseitig mitgeteilt hatten, was, wie und wofür sie arbeiten, stellten sie gemeinsam fest, daß sie einen ungeheuren Reichtum produzieren, daß sie und ihre Kinder davon nichts haben, daß sie, im Gegenteil, durch die moderne Entwicklung immer ärmer geworden waren, daß ihre Umwelt zerstört wurde, und daß auch die Flucht in die Städte ihnen nur weiteres Elend beschert. Deshalb erklärten sie kategorisch:

"Sie (die Frauen) bewegen die Wirtschaft, sind aber nicht anerkannt; sie produzieren im Einklang mit den Naturzyklen, werden jedoch vom Land vertrieben, Frauen erheben ihre Stimme, weil sie dieses Bild verändern wollen.
Ein Basta dem Wirtschaftsmodell!"

(aus: Rundbrief Subsistenzperspektive Nr. 5, April 1994, ITPS, Bielefeld, Am Zwinger 16.)

In Brasilien, wie auf der Weltfrauenkonferenz in Beijing, forderten diese Frauen den Erhalt und die Rückkehr zur Subsistenzproduktion, d.h. die Produktion für den eigenen Bedarf und für lokale Märkte anstatt für einen anonymen Weltmarkt (Lanje 1995 S.17). In Rio schlugen sie sogar direkte neue Tauschbeziehungen unter den verschiedenen Produzentinnen vor.

Wie aber ist es mit den Frauen im Norden? In den vergangenen Jahren habe ich viele Vorträge vor Frauen und Männern über GATT, TRIPs, Patentierung von Leben usw. gehalten. Dabei habe ich auch über die Widerstandsbewegungen im Süden gesprochen. Immer wieder mußte ich feststellen, daß hierzulande das Wissen über GATT/WTO und die weltweite Politik der Globalisierung und Liberalisierung kaum vorhanden war. Das Bauernsterben in der EU, besonders in Deutschland, hat die städtischen KonsumentInnen kaum interessiert, denn die Supermärkte wurden voller und voller von relativ billigen Nahrungsmitteln aus aller Herren Länder. Die Fast-Food-Ketten und die moderne Technologie erleichterten vielen Frauen die Kocharbeit, so daß sie Erwerbsarbeit und Hausarbeit eher kombinieren können. Kein Wunder, daß viele daher die Propaganda der Politiker und Wirtschaftsbosse für bare Münze nehmen und glauben, daß die Globalisierung des Agrarhandels alle Lebensmittel billiger machen würde und daher eine gute Sache sei. So wurde im Juni 1996 auf dem G-7-Gipfel in Lyon wieder von den Politikern der sieben reichsten Länder der Welt behauptet, die Globalisierung der Ökonomie und des Handels, besonders des Agrarhandels läge im Interesse der VerbraucherInnen, weil alle Lebensmittel billiger würden. Doch nicht nur die Industrie und ihre politischen Interessenvertreter propagieren die Globalisierung, sondern auch die vom Norden dominierte Internationale Organisation von Konsumenten-Vereinigungen, die bei den Verhandlungen über Nahrungssicherheit die Interessen der VerbraucherInnen vertreten, haben die Liberalisierung und Globalisierung des Agrarhandels begrüßt, weil dies den KonsumentInnen billigere Lebensmittel bringen würde (Shiva 1995,c) S.13).

Als ein weiteres Beispiel dieser Art kann auf die Verhandlungen hingewiesen werden, die Nelson Mandela kürzlich in Deutschland um den Import von Milchprodukten, Wein und Fleisch in die EU und insbesondere nach Deutschland führte. In der Presse wurde dieser Import als ein Akt der Solidarität mit Südafrika begrüßt. Der Protest der wenigen noch übrig gebliebenen Bauern gegen die Einfuhr von Nahrungsmitteln, die hier bereits in Hülle und Fülle vorhanden sind, wurde als unerheblich abgetan. Der eigentliche Grund hinter dieser Politik ist die Tatsache, daß die deutsche Industrie ihre Produkte nach Südafrika exportieren will und dafür, im Gegenzug, auch etwas importieren muß, was Südafrika produziert. Selbst wenn das etwas ist, wofür bei uns keine Nachfrage existiert. So funktioniert eben der globalisierte kapitalistische Markt.

der Deutschen sank von 24% im Februar auf 17% im Mai, eine eindeutige Reaktion auf BSE (FR. 8.8.1996). An allen Metzgerläden und Steak-Restaurants sind Hinweise zu lesen, wie: "Rindfleisch garantiert aus deutschen Landen."

Die Rinderzüchter in Deutschland veranstalten diesen Sommer Grillfeste und Hofbesichtigungen, um den Verbrauchern zu versichern, daß sie ihr Rindfleisch bedenkenlos verzehren können, daß deutsches Rindfleisch "sicher" sei. Die deutschen Bauern sind wütend über die deutsche und EU-Agrarpolitik und demonstrieren für mehr Schutz für ihre eigene Produktion

Inzwischen haben die Wissenschaftler weitere Zusammenhänge über die Übertragung von BSE von Mutterkühen auf Kälber - eventuell über die Milch entdeckt. Was sofort die Angst auslöste, auch Milchprodukte könnten C.J.K. auslösen. Der deutsche Landwirtschaftsminister versucht zwar, die VerbraucherInnen zu beruhigen: Deutsche Milchprodukte seien **garantiert** BSE-frei. Aber wer kann sich bei der Frage der qualitativen Nahrungssicherheit noch auf die Aussagen von nationalen Ministern verlassen?

Jetzt wird deutlich, daß nationale Regierungen innerhalb regionaler Wirtschaftsböcke wie der EU faktisch machtlos sind gegenüber den global und transnational operierenden Nahrungskonzernen, die Milch, Fleisch, Gemüse, Obst usw. aus ganz Europa und weltweit zusammenkaufen, zu Handelsnahrung verarbeiten und vermarkten. Da der Agrarhandel liberalisiert und internationalisiert wurde, besonders in der EU, hat die Bundesregierung z.B. keine Möglichkeit mehr, ihre Grenzen für Rindfleisch aus England dicht zu machen, sobald die Europäische Kommission in Brüssel grünes Licht gibt und das Embargo für britisches Rindfleisch aufhebt. Nach den Regeln des Freihandels darf es keinen Protektionismus in der EU geben,

Am BSE Skandal wird nicht nur der Wahnsinn einer industrialisierten, die Grenzen der Natur mißachtenden, auf bloße Profitmacherei reduzierten Landwirtschaft und Tierhaltung deutlich, sondern auch der Wahnsinn der modernen Wissenschaft, die stets versichert, sie hätte alles unter Kontrolle. Und die dann, wenn so etwas wie BSE passiert, nichts anderes empfehlen kann als Massenvernichtung von rund 150 000 Rindern in England (FR. 3.7.1996), ein Holocaust unter Massen von Tieren, die erst durch die kapitalistische, expansive Landwirtschaft entstanden sind. Es ist der physische und moralische

Ekel vor so viel geballtem Wahnsinn, der den Menschen den Appetit auf Rindfleisch oder gar Fleisch verdirbt.

Was aber bisher noch nicht diskutiert wird, ist die Tatsache, daß solche Skandale wie BSE in einer globalisierten und liberalisierten Wirtschaft vorprogrammiert sind. Kein Landwirtschaftsminister, kein EU-Kommissar, kein FAO-Experte, kein Wissenschaftler kann den VerbraucherInnen, selbst den kaufkräftigsten, in Zukunft noch garantieren, daß ihre Nahrung noch sicher ist.

Die VerbraucherInnen stehen vor der Situation, daß ihr Interesse an Nahrungssicherheit von den "verantwortlichen" Politikern in ihren eigenen Ländern und in Brüssel nicht mehr geschützt werden kann, trotz besten Willens. Die wirtschaftlichen und politischen Strukturen sind so, daß die VerbraucherInnen zu **ZwangskonsumentInnen** gemacht werden. Sie müssen essen, was die multinationalen Konzerne auf ihren Tisch bringen und was die EU-Kommission zugelassen hat. Einen politischen Einfluß auf die Entscheidungen der EU haben sie kaum und die Alternative, Nahrung zu kaufen, die naturbelassen ist und aus der eigenen Region stammt, gibt es nach der Liquidierung der Kleinbauern fast nicht mehr. **Selbstbestimmung** in bezug auf Nahrung und **Nahrungssouveränität** sind in dieser Situation praktisch aufgehoben. Die VerbraucherInnen reagieren auf diese faktische Enteignung ihrer Nahrungssouveränität auf die einzig vernünftige Weise, nämlich dadurch, daß sie Rindfleisch entweder total boykottieren oder, daß sie direkte Beziehungen zu Bauern in der Umgebung herstellen, von denen sie wissen, daß sie naturgemäß arbeiten. Die Menschen wollen wissen, was sie essen. Sie wenden sich spontan vom Freihandel ab und praktizieren einen neuen direkten Protektionismus.

4.2 Essen aus dem Gen-Labor

Diese Situation des Zwangskonsums wird noch deutlicher, wenn man die Debatten und Entscheidungsprozesse um die Gentechnik in der Landwirtschaft und in der Nahrungsproduktion verfolgt.

Die Gentechnik in der Landwirtschaft wird als die Zukunftstechnologie zur Lösung des Hungerproblems in der Dritten Welt propagiert. Das gilt auch für die FAO und den WEG. Obwohl inzwischen längst bekannt ist, daß die 1. Grüne Revolution ein Betrug war und die in

sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt hat, wird die Gen- und Biotechnologie in den Vorbereitungspapieren für den WEG kühn als die 2. Grüne Revolution angepriesen. Grundsätzlich ist dem zu entgegen, daß Hunger und Unterernährung in der Welt keine Folge eines technologischen Mangels sind, sondern auf einer Natur- und Menschen ausbeutenden kolonialen und patriarchalen Wirtschaftsweise beruhen, die die einen beraubt, damit die anderen akkumulieren können (s.o.) Doch selbst, wenn man die ungerechte Weltwirtschaftsordnung akzeptieren würde, bliebe zu fragen, warum die Nahrung ausgerechnet in den übersatten Ländern des Nordens gentechnisch manipuliert werden soll.

Wozu brauchen wir das alles.⁶ Die weitaus größte Mehrzahl der Menschen - 80% - in der Bundesrepublik sind gegen Essen aus dem Genlabor. Einmal, weil die Langzeitfolgen dieser genetischen Manipulation von Pflanzen und Tieren unbekannt sind, zum anderen, weil mit dieser Technologie in keiner Weise mehr festzustellen ist, wo welche Bestandteile unserer Nahrung hergestellt werden, weil viele Menschen prinzipiell gegen solch tiefgreifende Veränderungen der Natur sind und vor allem, weil sie nicht einsehen, daß wir solche Nahrung brauchen.

In einem "freien Markt" würde man erwarten, daß solche Argumente beachtet würden, daß das, was die VerbraucherInnen nicht wollen, nicht hergestellt wird. Anders in der EU. Die EU-Kommission hat bereits eine Reihe gentechnisch manipulierter Produkte für den europäischen Markt zugelassen und weigert sich bis heute, diese Produkte wenigstens zu kennzeichnen. Die Industrie fürchtet, daß diese Produkte dann boykottiert werden könnten. Und die politischen Vertreter der europäischen Regierungen in Brüssel, besonders die EU-Kommission, stehen bei diesem Interessenkonflikt auf der Seite der Industrie. Die Interessen der Verbraucher - ihre Bürger- und Menschenrechte auf Selbstbestimmung, Wahlrecht, ethische Entscheidungsfähigkeit und Nahrungssicherheit werden auf dem Altar der Profitmaximierung geopfert.

⁶ Dies war der Titel meines Vortrages auf dem Kongreß "Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnik" der 1985 in Bonn stattfand. Er ist veröffentlicht in Mies, M.: Wider die Industrialisierung des Lebens, Centaurus Verlag, Pfaffenweiler 1990.

Daß es der Gen- und Bioindustrie keinesfalls um die Befriedigung tatsächlicher menschlicher Bedürfnisse und um Verbraucherschutz geht, wird deutlich, wenn man den Run auf Patente auf gentechnisch manipulierte Lebensformen betrachtet. Wie schon erwähnt, wird die Konkurrenz um Patente für sogenannte biotechnologische Erfindungen durch die TRIPs der GATT-Verträge ungeheuer angeheizt. In den Ländern des Südens wirkt sich dieser Konkurrenzkampf der Bio-Konzerne um genetische Ressourcen als glatte Piraterie und Raub aus, Raub an der indigenen Artenvielfalt, der Kultur und dem traditionellen Wissen und der ökonomischen Unabhängigkeit von Völkern und Gemeinschaften (BIJA No 15-16 1995 S. 25ff).

Für die VerbraucherInnen des Nordens, denen dieses gentechnisch aus verschiedensten Bestandteilen transgener Pflanzen und Tiere zusammenkombinierte "Novel Food" serviert wird, ist die Gen-Manipulierung von Pflanzen und Tieren geradezu lebensgefährlich. Wie vor kurzem bekannt wurde, führt die gentechnische Kombination von Soja und Paranüssen bei bestimmten Personen zu plötzlichen Allergie-Schocks. Außerdem warnen Wissenschaftler davor, daß neue transgene Pflanzen und Tiere die neuen in sie hineinkombinierten Eigenschaften an die Wildsorten der Umgebung weitergeben können - wie kürzlich mit dem herbizidresistenten Raps geschehen.

Wie die Biologin Dr. Mae-Wan Ho schreibt, ist gentechnisch hergestellte Nahrung in keiner Weise sicher. Bestimmte genetisch eingebaute Resistenzen wie die gegen Antibiotika oder bestimmte Viren können sich mit anderen Viren und Bakterien verbinden und können nicht mehr kontrolliert werden. Transgene Nahrung stellt ihrer Meinung nach eine drastische Gefährdung der Ökologie und der öffentlichen Gesundheit dar (Dr. Mae-Wan Ho, Vortrag beim National Council of Women of Great Britain Symposium on Food, 22. März 1996, abgedruckt in BIJA, No 15-16 1996 S. 24).

Und dennoch steht bei der EU derzeit die "Novel Food" - Verordnung zur Genehmigung an, die uns solche transgene Nahrung aufzwingen will.

Das folgende Beispiel des von dem US-Chemie-Multi Monsanto hergestellten transgenen Round up-Soja zeigt, wie das Grundrecht auf Nahrungssouveränität der VerbraucherInnen durch die Gentechnologie und solche Industrie-Giganten ausgehebelt wird.

Round up- Ready-Sojabohnen sind gentechnisch veränderte Sojabohnen, die von dem US Agro-Multi **Monsanto** hergestellt wurden. Diesen Sojabohnen wurde ein zusätzliches Bakterien-Gen und einige weitere Gensequenzen eingepflanzt, die diese Pflanzen gegen das auch von **Monsanto** produzierte Herbizid **Round up** resistent macht. Monsanto verspricht den Soja-Farmern eine Senkung ihrer Kosten um 30 US Dollar pro Hektar. Die transgenen Sojabohnen werden in diesem Jahr erstmals nach der Ernte mit "konventionellen" Sojabohnen vermischt und so an die weiterverarbeitende Industrie verkauft. Laut Verbraucherinitiative e.V. werden 14 Millionen Tonnen Soja aus den USA jährlich nach Europa exportiert. Dort wird Soja zu vielen Zutaten und Nahrungsmitteln verarbeitet. Experten schätzen, daß sich Soja in 20 - 30 000 verschiedenen Produkten befindet. wie Speiseöl, Margarine, Backfetten oder Mayonnaisen, Salatdressings, Saucen oder fritierter Tiefkühlkost, Gummibärchen, Energieriegeln oder demSchokoladenei.

Vertrakte Kennzeichnung

In den USA wird gentechnisch verändertes Round up-Ready-Soja wie gewöhnliches eingestuft. Es gibt keine besonderen Auflagen für Anbau, Verarbeitung und Vermarktung der Bohnen - und damit auch keine gentechnik-bezogene Kennzeichnung von Sojaprodukten.

In den Ländern der Europäischen Union ist die Lage unübersichtlich. Im April hat die EU-Kommission Monsantos Round up-Ready-Soja zugelassen - nach den Bestimmungen der Freisetzung-Richtlinie für gentechnisch veränderte Organismen. Danach kann eine Kennzeichnung zwar vorgeschrieben werden, wurde jedoch im Fall des Round -up-Ready-Soja für nicht erforderlich erachtet. Auch Deutschland stimmte gegen eine Kennzeichnungspflicht. Produkte aus transgenen Bohnen und ihre Kennzeichnung fallen unter die künftige Novel-Food-Verordnung, falls diese denn rechtskräftig wird. Derzeit ist jedoch noch nicht einmal klar, was überhaupt gekennzeichnet werden soll. Gerade die Sojaprodukte zählen zu den Bereichen, die zwischen Europaparlament einerseits, Kommission und Ministerrat andererseits umstritten sind.

Beide stimmen überein, daß Fette und Öle aus Round up-Soja nicht gekennzeichnet werden müssen. Sie enthalten keine Reste und Bestandteile jener Substanzen, die als Folge des eingeschleusten Gens gebildet werden. Diese Fette und Öle unterscheiden sich stoff-

lich nicht von jenen aus "konventionellem" Soja. Ähnliches gilt für Lecithin.

In Mehlen oder Eiweißkonzentraten, erst recht in Tofu oder Milchersatzprodukten aus Round up-Soja lassen sich die stofflichen Spuren des übertragenen Gens nachweisen, auch die Abbauprodukte des von der Sojapflanze aufgenommenen Herbizides. Kommission und Ministerrat sind dennoch strikt gegen jede Kennzeichnung, da für sie Round up-Soja keine wesentlichen Veränderungen aufweist. Das Parlament dagegen hat sich mehrheitlich für eine Kennzeichnung entschieden, wenn in Lebensmittelzutaten, wie jenen aus der gentechnisch veränderten Monsanto-Soja stoffliche Veränderungen vorhanden sind. Ob damit tatsächlich alle Sojaprodukte mit Protein-Anteilen erfaßt sind, ist bisher nicht präzise festgelegt worden.

Noch ist offen, wer sich im Kennzeichnungs-Poker um die Novel-Food-Verordnung am Ende durchsetzen wird. Sind es Kommission und Ministerrat, decken sich in Bezug auf Soja die europäischen mit den US-amerikanischen Bestimmungen. Bleibt das Parlament standhaft, dann müssen in Europa, anders als in den USA, bestimmte Sojaprodukte gekennzeichnet werden. Nach Auffassung der US-Regierung sei dies ein unzulässiges Handelshemmnis und verstoße gegen den GATT-Vertrag. Eine Klage vor dem GATT-Schiedsgericht ist für diesen Fall angekündigt.

Quelle: Verbrauchertelegramm Juli/August 1996, S. 6

Weitere Informationen zu Gentechnik in der Nahrung, insbesondere zu transgenen Soja sind erhältlich bei der Verbraucher-Initiative e.V. Breitestraße 51, 53111 Bonn.

Viele Menschen in Deutschland haben ihre Nahrung nach dem BSE-Skandal und aus Protest gegen Massentierhaltung auf vegetarische Kost umgestellt. Statt Fleisch essen sie Soja-Produkte wie Tofu. Nachdem nun auch Soja von den Multis gentechnisch manipuliert worden ist, sitzen die umweltbewußten VerbraucherInnen praktisch in einer Doppelfalle, die die Agrarmultis und die EU aufgestellt haben: entweder Fleisch aus Massentierhaltung oder gentechnische Industrienahrung. Wo bleibt die Nahrungssouveränität?

Die Beispiele BSE und Gentechnik in der Nahrung zeigen auf, daß Nahrungssicherheit in einem qualitativen Sinn nicht einmal in einem regionalen Wirtschaftsblock wie der EU - einer "reichen" Region - zu

realisieren ist. Wie soll sie in einem globalen Markt, in dem die Mehrzahl der Menschen arm und machtlos sind, verwirklicht werden? In beiden Teilen der Welt - im Norden und im Süden - sind die Gemeinschaften der Kontrolle über ihre eigenen Ressourcen Land, Wasser, Artenvielfalt usw. beraubt worden. Die Politik des internationalen Kapitals zielt darauf ab, alle Menschen der Welt im Norden und im Süden, in bezug auf ihre Nahrung zu abhängigen KonsumentInnen zu machen und die letzten noch bestehenden Reste von Subsistenzwirtschaft und Selbstversorgung zu zerstören. Die Nahrungssicherheit soll nicht mehr in der Hand lokaler Gemeinschaften, in der Hand von Bauern und Frauen liegen, sondern in der Hand mächtiger multinationaler Konzerne, die von keiner demokratisch gewählten Regierung mehr kontrolliert werden können. Wenn dieser Prozeß gelingt, dann ist die Folge nicht nur Hunger in der Dritten Welt, sondern dann sind auch die VerbraucherInnen im Norden auf Gedeih und Verderb den Multis ausgeliefert, die nicht nur die Lebensmittelpreise nach Belieben und in die Höhe treiben können, sondern die uns auch, gegen unseren Willen, transgene Nahrung aufzwingen, deren Risiken für uns, unsere Kinder, die Natur sie weder kennen noch kontrollieren können.

Wenn Frauen und Männer, im Norden wie im Süden, Nahrungssicherheit für alle, und zwar in einem qualitativen wie in einem quantitativen Sinn erhalten und fördern wollen, dann müssen sie die Politik der Globalisierung und Liberalisierung der Agrarmärkte, die Politik der Industrialisierung der Nahrungsproduktion, die Gentechnik in der Landwirtschaft und die Novel Food Politik zurückweisen.

Nahrungssicherheit für alle kann nur dann gewährleistet werden, wenn Menschen sich im Rahmen lokaler und regionaler Ökonomien sowohl als ProduzentInnen wie als KonsumentInnen verantwortlich fühlen für die Erhaltung und Regenerierbarkeit des Landes, des Wassers und anderer vitaler Ressourcen, verantwortlich für Quantität, Qualität, Verteilung und Konsum von Nahrung. Wo Suffizienz und Selbstversorgung und nicht Profitmaximierung und Wirtschaftswachstum Hauptziel des Wirtschaftens sind, werden die Menschen die biologische und kulturelle Vielfalt und damit Nahrungssicherheit für alle erhalten.

5. Es gibt eine Alternative

Nach dem Vorhergegangenen ist klar, daß universale Nahrungssicherheit, wie sie die FAO auf dem Welternährungsgipfel in Rom anstrebt, im Rahmen der gegebenen Weltwirtschaftsordnung nicht zu realisieren ist. Die Frage erhebt sich, ist sie überhaupt zu realisieren und wie müßte eine polit-ökonomische Ordnung aussehen, die dies möglich machte. Dazu möchte ich einige grundlegende Thesen formulieren und diese z.T. ergänzen durch Berichte über Initiativen von Frauen weltweit, die sich nicht mehr auf die Versprechungen des Kapitals und seiner politischen Handlanger verlassen wollen.

- **Keine Nahrungssicherheit ohne Selbstversorgung (Self-Sufficiency) und Kontrolle über eigene Ressourcen.**

Alle, die sich mit "Food Security" befassen, sind sich darüber einig, daß das "Recht auf Nahrung" ein Menschenrecht ist, das dem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit entspringt. Ohne Nahrung kein Leben. Jedes Gemeinwesen hat daher die Pflicht, Nahrungssicherheit für seine Mitglieder herzustellen.

Ein "Menschenrecht auf Nahrung" bleibt jedoch ein hohles Papierpostulat, wie so manche Menschenrechte, wenn es nicht auf ökonomischen, politischen und sozialen Bedingungen beruht, die seine Umsetzung möglich machen. Seit eh und je wurde die Nahrung in jeder geographischen Region der Erde von den dort lebenden Menschen und ihren Gemeinschaften **produziert** und hing nicht ausschließlich von multinationalen Konzernen und dem Handel ab. **Selbstversorgung** war bis vor kurzem das wichtigste Ziel nationaler Regierungen im Süden. Nur wenn dieses Ziel im Norden wie im Süden angestrebt wird, kann Überproduktion und Überkonsum im Norden, das Dumping von nördlichen Überschüssen im Süden, die Zerstörung der lokalen Bauernexistenzen verhindert werden. Nahrungssicherheit kann nur erreicht werden, wenn sich lokale Gemeinschaften für die Nahrung verantwortlich fühlen.

- **Nahrungssicherheit kann daher nicht durch einen globalen, liberalisierten, deregulierten Agrarmarkt hergestellt werden,**

sondern nur durch dezentrale Ernährungssysteme unter der Kontrolle lokaler Gemeinschaften.

Das bedeutet, zumindest der Agrarsektor muß aus dem Paket der GATT/WTO-Bestimmungen herausgenommen werden. Statt Globalisierung ist der Aufbau regionaler und lokaler Wirtschaften für die Produktion, die Vermarktung und den Konsum von Nahrung anzustreben. Nahrungssicherheit und Nahrungssouveränität kann weder durch riesige private Konzerne, noch durch zentralgesteuerte Staaten garantiert werden. Es gibt keine "globale Nahrungssicherheit" (vgl. Bernhard, Kaschinski, Spehr 1995).

- **Nahrungssicherheit und Nahrungssouveränität auf der Basis lokaler bzw. regionaler Wirtschaften und Ernährungssysteme setzt voraus, daß die wichtigsten Ressourcen in der Hand lokaler Bauern, Gemeinschaften und Völker bleiben: Land, Wasser, Artenvielfalt, Saatgut usw. Vor allem, noch bestehendes Gemeineigentum darf nicht weiter privatisiert werden.**

Entfremdung von Land für die Produktion von Exportprodukten für den Weltmarkt muß gestoppt werden. Keine lokale Nahrungssicherheit ohne Sicherheit des Landes für die Bauern. Land muß weit mehr als bisher auch in der Hand von Frauen sein, die sowieso die meiste Arbeit in der unmittelbaren Nahrungsproduktion leisten.

- **Keine langfristige Nahrungssicherheit ohne ökologischen (nachhaltigen) Ackerbau.**

Statt Monokultur und Exportorientierung, basierend auf hohen Inputs externer Ressourcen (chemischem Dünger, Pestiziden, Biotechnologie) Förderung der biologischen und kulturellen Diversität, der lokalen Symbiosen, der sich selbst regulierenden Systeme in der Hand lokaler Frauen und Bauern. Förderung des organischen und ökologischen Ackerbaus.

Auf der Weltfrauenkonferenz in Beijing 1995 forderten die Frauen, die die Globalisierung kritisierten, die Verteidigung und die Rückkehr zur Subsistenzwirtschaft, d.h. die Produktion für den eigenen Bedarf anstelle der exportorientierten Produktion und die Frauen des Nordens forderten eine Förderung des ökologischen Landbaus. Beide

Gruppen von Frauen verlangten eine Regionalisierung der Märkte statt der Globalisierung (Lanje 1995, S.17).

ProduzentInnen und KonsumentInnen von Nahrung müssen wieder in einen direkten Kontakt miteinander treten können. Das kann durch Direktvermarktung und durch Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften geschehen.

- **Erhaltung und Wiederaufbau lokaler Marktstrukturen.**

Initiativen für solche Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften sind in Deutschland oft von Menschen ausgegangen, die in der Ökologiebewegung, der Anti-Atom-Bewegung oder in der Anti-Gentechnik-Bewegung aktiv sind. Diese Menschen haben eingesehen, daß Nahrungssicherheit nicht von den politisch "Verantwortlichen" und erst recht nicht vom globalen Supermarkt zu erwarten ist, sondern daß wir VerbraucherInnen sie selbst in Zusammenarbeit mit Ökobauern, herstellen können. In Japan wurden solche Kooperativen, die sich Seikatsu Club nennen, vor allem von Hausfrauen gegründet (vgl. Mies/Shiva 1995, S.342 ff).

Hier sind auch die Frauenmärkte in Westafrika, vor allem in Ghana, zu nennen. Die gesamte Lebensmittelversorgung in Ghana z.B. liegt in der Hand dieser Marktfrauen. Sie sind so mächtig - denn essen müssen alle - daß sie schon mehrere Regierungen zu Fall gebracht haben. Wenn sie den Markt zumachen, geht nichts mehr. Das Wichtigste an diesem Frauenmarkt ist jedoch, daß er zwar die Bevölkerung gut mit Lebensmitteln versorgt, dies aber nicht nach den kapitalistischen Prinzipien der Profitmaximierung tut. Nach der Aussage von Aba Quainoo aus Ghana sind die Marktfrauen nicht dazu zu bewegen, irgendwelche anonymen Produkte auf den Markt zu werfen, nur weil sie von irgendwoher gebracht wurden und billig sind. Die Marktfrauen haben ihre Absprachen mit den Erzeugern und an die halten sie sich. Eine gute Beziehung zu den Bauern - auch oft Frauen - ist ihnen wichtiger als das schnelle Geld. Hier gibt es zwar einen Markt, aber eben keinen kapitalistischen, der auf Akkumulation aus ist. Durch diese Marktfrauen und ihr Festhalten an den Prinzipien einer "moral economy" (Mies 1994) wurde in Ghana sichergestellt, daß auch in Krisenzeiten die Menschen nicht verhungerten.

In ähnlicher Weise funktioniert auch der Markt der Frauen in der Stadt Juchitan in Mexiko, den Veronika Bennholdt-Thomsen und

ihre Mitarbeiterinnen erforscht haben (Bennholdt-Thomsen 1994). Diese Marktfrauen tragen durch ihre Subsistenzmärkte in zentraler Weise zur Nahrungssicherung ganzer Länder und Regionen bei. Und doch gelten sie den modernen Ökonomen als rückständig und höchstens für Touristen als interessant. Der globalisierte Markt stellt eine direkte Bedrohung dieser Märkte dar.

In den Vorbereitungspapieren der FAO für den WEG wird auf die Rolle der westafrikanischen Marktfrauen hingewiesen. Jedoch nicht um ein solches Marktsystem und seine Prinzipien zu verallgemeinern, sondern eher im Sinne des "informellen Sektors", in dem Frauen einerseits die Versorgungskrisen, die durch den Weltmarkt, GATT und SAPs geschaffen werden, besser überstehen, und andererseits als Krisenmanagement, wenn der moderne kapitalistische Markt, auf den alle setzen, nicht funktioniert.

Wichtig wäre jedoch, diese Art der "moral economy" der Frauen, sowohl in der Nahrungsproduktion, als auch in der Verarbeitung und Vermarktung nicht nur als willkommene Lückenbüßer - und Trümmerfrauenarbeit anzusehen, sondern als Perspektive für eine andere Wirtschaft.

Erst wenn VerbraucherInnen wieder engeren Kontakt zu den ErzeugerInnen von Nahrung haben, können sie sich verantwortlich dafür fühlen, daß die Nahrung nach ökologischen und sozialen Gesichtspunkten produziert, verarbeitet und vermarktet wird. Auch die Preise für Nahrungsmittel können dann so gestaltet werden, daß die ProduzentInnen und die KonsumentInnen damit leben können. (s.u.)

- **Solche in bezug auf ihre Grundnahrung mehr oder weniger autonomen und, subsistenten Wirtschaftsräume verlangen auf Dauer eine andere als die heutige geschlechtliche Arbeitsteilung.**

Eine Wirtschaft, in der die Frauen zwar dafür sorgen, daß auch im Krieg und in Krisenzeiten immer was auf dem Tisch ist, die Männer aber weiter ihren technischen Kriegs- und Machtspielen nachgehen und an einem aggressiven und expansiven Wirtschaftsmodell ewigen Wachstums festhalten, ist nicht geeignet, Nahrungssicherheit für alle in einer Region Lebenden herzustellen. Männer müssen sich zu gleichen Teilen an der unbezahlten und bezahlten Arbeit zur Si-

cherung der Subsistenz, zur Erhaltung und Regeneration des Lebens beteiligen.

- **Dazu ist freilich erforderlich, daß Männer sich aktiv gegen eine immer brutaler auftretende "Ramboisierung" (Mies, 1994) des Männerbildes wehren.**

Die Globalisierung bewirkt nicht nur eine zunehmende Marginalisierung und Verarmung von Frauen weltweit, sondern höhlt auch die bisherige Identität des Weißen Mannes in den reichen Ländern des Nordens aus, das Bild des leistungsstarken, mit neuester Technologie ausgestatteten, unaufhaltsam fortschreitenden und alle Frauen und schwarzen/braunen/gelben Männer überholenden Lohn- und Facharbeiters, des "Ernährers" von Frauen und Kindern. Die Abwanderung des Kapitals in Billiglohnländer "hausfrauisiert" nicht nur Frauen sondern auch Männer (v.Werlhof 1983). Der Zusammenbruch dieses Männerbildes wird von der Industrie und den Medien nun nicht dadurch beantwortet, daß Mann die pflegenden, versorgenden, erhaltenden Werte, die den Frauen als Hausfrauen bislang zugeschrieben wurden, auch den Männern anempfiehlt. Im Gegenteil, dem Mann, der erwerbslos geworden ist, sich sinn- und nutzlos fühlt, sich u.U. von einer Frau "ernähren" lassen muß, total desorientiert ist, wird eine Kalaschnikow in die Hand gedrückt, ihm werden "Brot und Spiele" vorgesetzt, und schon fühlt er sich wieder als "Mann" und Held. Diese Ramboisierung der Männer ist m.E. nicht nur ein Grund für die zunehmende Rechts-Radikalisierung junger Männer, sondern auch für ihre zunehmende Bereitschaft, Kriege wieder als normal anzusehen. Auch die neuen Bürgerkriege in vielen Ländern, die wie die FAO feststellt, die Nahrungssicherheit zusätzlich zerstören, werden nicht zuletzt durch diese Ramboisierung von Männern, deren Zukunftsperspektiven und bisherige Identität zerbrochen ist, angeheizt.

Wenn Männer im Norden, die sich noch ein Stück gesunden Menschenverstand und Zivilcourage bewahrt haben, eine solche Entwicklung nicht wollen, müssen sie eine Bewegung gegen diese Ramboisierung starten und mit den Frauen gegen das natur- und menschenverachtende Wirtschaftssystem kämpfen.

- **Der "urban bias" - also die Tendenz zur Urbanisierung und die Landflucht muß gestoppt und umgekehrt werden.**

Eine Zusammenführung von Produktion und Konsum geschieht gerade nicht durch die Globalisierungs- und Liberalisierungspolitik, sondern nur dann, wenn Arbeit auf dem Land und in der unmittelbaren Nahrungsproduktion wieder ökonomisch und vor allem kulturell aufgewertet wird. Das setzt voraus, daß die städtischen KonsumentInnen die Nahrungsproduktion und Verarbeitung wieder als Teil ihrer regionalen oder lokalen **Kultur** d.h. als wertvoll begreifen, die sie sich nicht wegnehmen lassen. Nahrung ist eben mehr als Kalorienzufuhr; sie strukturiert das gesamte gesellschaftliche, kulturelle, spirituelle Leben.

In einer Zeit, in der die Spaltung zwischen Natur und Kultur, Materie und Geist schärfer ist als je zuvor, wo die Maschinen, auch die biologischen Maschinen, die Menschen erfunden haben, höher geschätzt werden als unser lebendiger Zusammenhang mit der organischen Natur um uns, erscheint Nahrung als Ware wie eine wertlose Nebensache. Ihr Preis ist immer stärker gesunken und wir beginnen zu vergessen, daß man von "virtuellem Essen" nicht leben kann. Diese Entwertung alles organisch Kreatürlichen, und aller Arbeit, die damit zusammenhängt, also der Landarbeit und Frauenarbeit und die Hochschätzung aller Handelswaren und der Städte als Orte der "Kultur", ist u.a. auch ein Grund für Landflucht und den "urban bias", den die FAO feststellt aber nicht umzukehren sucht.

Um diesen Trend umzukehren müssen zunächst einmal gerechte Preise für Nahrungsmittel von den lokalen Gemeinschaften ausgehandelt werden. Und dann ist dringend erforderlich, daß überall über einen anderen als den herrschenden Arbeitsbegriff nachgedacht wird, der sich nur auf die Lohnarbeit bezieht (Bennholdt-Thomsen, 1996 b).

Die Überwindung des "urban bias" kann auch dadurch gefördert werden, daß die scharfe Trennung von Stadt und Land aufgehoben wird und Nahrung wieder weit mehr als bisher auch in Städten angebaut wird. Bereits jetzt wird ein großer Teil der Nahrung in Städten des Südens in Gärten, Hinterhöfen, auf Dächern, neben der Straße angebaut - meist von Frauen. In Nairobi soll dies 15% der Nahrung sein. Auch in Moskau sind viele Menschen zurückgekehrt zu einer Art Subsistenzproduktion auf Datschen oder in Gärten. Selbst in Tokio gibt es noch einige "Yabo" Bauern (wilde Bauern), die Landwirtschaft in dieser Megapolis betreiben (Akemine 1985). In den USA haben Frauen, meist schwarze, angefangen, in den herunter-

gekommenen de-industrialisierten Städten wie Detroit Gärten anzulegen, um Gemüse für sich und die Nachbarschaften anzupflanzen. Diese Bewegung des "urban gardening" ist gleichzeitig eine Bewegung zur Regenerierung der lokalen Gemeinschaften. Die oft drogenabhängigen Jugendlichen finden es interessant und sinnvoll in diesen Gärten mitzuarbeiten. Kinder lieben diese Gärtnerei. Die Alten können dort ihr Wissen an Jüngere weitergeben.

In England hat die "Foundation for Community Development" ein nationales Projekt für heruntergekommene Hochhausiedlungen gestartet, das sie "The Greening of Tower Blocks" nennt. Vorbild für dieses Projekt ist der "Appletree Court" ein Hochhausblock in der inneren City von Manchester. Dieses "Greening of the Tower Blocks" wird von den Bewohnern dieser Hochhaustürme mit großem Enthusiasmus betrieben, die dort Gemeinschaftsgärten für Gemüse und Obst anlegen (The Guardian 12. November 1995 und schriftliche Mitteilungen von Gabriel Chanan, Director, Community Development Foundation, London).

- **Wenn die gewählten Vertreter des Volkes die Nahrungssicherheit des Volkes nicht mehr schützen können - wie es vor unseren Augen als Folge der Globalisierung geschieht, wenn sie nur noch die Interessen der großen Kapitalgesellschaften schützen, dann ist es Zeit, im Süden und im Norden über andere Formen der direkten demokratischen Kontrolle durch die Menschen selbst nachzudenken.**

In Indien nennt man das in der Nachfolge Gandhis, "People's oder Grassroots' Democracy" (Mohanty 1996) auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene, eine partizipatorische, direkte und pluralistische Demokratie (BIJA Nr 15-16 1996 S. 25). In Asien wird sie von einem Zusammenschluß lokaler Graswurzelbewegungen angestrebt, die sich "People's Planning for the 21st Century" nennen.

In Europa müßten Frauen und Männer weit aktiver als bisher dagegen kämpfen, daß ihr Grundrecht auf Nahrungssicherheit und Nahrungssouveränität nicht durch Agrar-Multis, durch die Gentechnik und eine nicht mehr demokratisch zu kontrollierende Eurokratie ausgehöhlt wird. Die Frage der Nahrungssicherheit berührt die Grundlagen der Demokratie. Daher müssen wir fordern:

- **Kein Essen aus dem Gen-Labor!**
- **Kein Patent auf Leben!**
- **Nein zur "Novel-Food" - Verordnung!**
- **Wir haben ein Recht darauf zu wissen, was wir essen!**
- **Nahrungssicherheit muß in der Hand von lokalen Bauern, Frauen und ihren Gemeinschaften bleiben,**
- **Wir werden Widerstand leisten gegen die, die uns zwingen wollen, mit Methoden und Techniken zu produzieren und zu konsumieren, die uns selbst und die Natur zerstören.**

Literatur:

Akemine, Tetsue, 1985; Die Stadt urbarmachen: Das Modell der Yabo-Farmer von Tokio; übersetzt von und erhältlich bei: Richard Pestemer, Dhrontalstr. 24, 54426 Neunkirchen.

Bennholdt-Thomsen, Veronika, 1992; Zur Bestimmung der geschlechtlichen Arbeitsteilung im Kapitalismus; in: Bennholdt-Thomsen, V.; M. Mies; C.v.Werlhof: Frauen die letzte Kolonie, Rotpunktverlag, Zürich.

Bennholdt-Thomsen, Veronika (Hg.), 1995; Juchitan Stadt der Frauen; rororo, Reinbek.

Bennholdt-Thomsen, V., 1996 a); Wohin führt die Weltwirtschaft für Frauen? in: Rundbrief 6 Subsistenzperspektive Globalisierung/ Regionalisierung; Institut für Theorie und Praxis der Subsistenz (ITPS), Am Zwingern 16, 33602 Bielefeld und
1996 b); Die Zukunft der Arbeit und die Zukunft der Subsistenz, erscheint demnächst in: Bierter, Willy u. v. Winterfeld, Uta (Wuppertal Institut); Die Zukunft der Arbeit. Welcher Arbeit? Birkhäuser Verlag, Basel.

Bernhard, Claudia, Kaschinski, Kai, Spehr, Christof, 1995; Welternährung. Der Weg in den Hunger; in: BUKO-Dossier: Welternährung, Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 197/198 Nov. 1995, S.3-6).

BIJA - the Seed, Nr. 15-16, 1996; Intellectual Property Rights Community Rights and Biodiversity; S. 25 ff.

BIJA - the Seed - Bericht: 1996; Farmers Pledge to Stop the Corporatisation of Indian Agriculture; in Nr. 15-16, S. 16-18.

Bock, Gisela, Duden, Barbara, 1976; Arbeit aus Liebe, Liebe als Arbeit. Die Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. in: Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität, Courage Verlag, Berlin.

Dalla Costa, Mariarosa, 1973; Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft; Merve Verlag, Berlin.

van Dillen, Susanne u. Weber, Eberhard, 1995; Export und hopp. Die indische Gesellschaft in der Zerreißprobe. in: Blätter der JZ3W Nr. 206 Juni/Juli 1995, S. 24-27.

Engels, Rainer, 1995; Nahrungsmitteldumping in Entwicklungsländern. Ein Widerstand formuliert sich. in: BUKO-Dossier Welternährung Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 197/198 Nov. 1995, S. 13-14.

Evans, Paul, 1995; Salford's Urban Oasis, in: The Guardian Weekly, Nov 12. 1995.

Institute for Agriculture and Trade Policy (IATP), 1313 Fifth Street S.E. Suite 303 Minneapolis 55414-1546 USA; Statement zur globalen Ernährungskrise, Mai 1996.

Kaller, Martina, 1996, Macht über Mägen - Ernährung als Angriff auf genußbezogene Alltagskultur aus dem Blickwinkel von Bäuerinnen in einem Industrie- und Entwicklungsland. Vom Widerstand gegen die diagnostische Macht der Entwicklung, in: Nursery, Nr. 4, Bauhaus Dessau

Lanje, Kerstin, 1995; Subsistenzökonomie und Ökolandbau - die Alternative zur Globalisierung. Diskussionen von Landfrauen auf dem NRO-Forum in Huairo; in: BUKO-Dossier: Welternährung, Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 197/198 Nov. 1995 S. 15-18.

Mae-Wan Ho, 1995; Hazards of Genetically Engineered Foods Built into the Technology; abgedruckt in: BIJA the Seed Nr. 15/16 1996, S. 24, New Delhi.

Meyer-Renschhausen, Elisabeth, 1995, Von der schwarzen zur weißen Küche. Versuche zum ambivalenten Zusammenhang von Leiblichkeit, weiblichkeit und der Mahlzeit, Habilitationsschrift, Freie Universität, Berlin

Mies, Maria, 1982; The Lacemakers of Narsapur. Indian Housewives produce for the World Market; Zed Books, London.

Mies, M. 1990; Wozu brauchen wir das alles? in: M.Mies: Wider die Industrialisierung des Lebens, Centaurus Verlag, Pfaffenweiler.

Mies, M. 1994; Gegen die Ramboisierung der Männer. in: Bündnis 90/Die Grünen NRW (Hg.): Zwischen Rambo und Märchenprinz. Ein politischer Diskurs zur Männeremanzipation. Reader zum 1. Männerkongreß von Bündnis 90/Die Grünen NRW am 28. Mai 1994.

Mies, M. 1994; Brauchen wir eine neue "Moral Economy"? in: Politische Ökologie, Sonderheft 6, Vorsorgendes Wirtschaften, München, S. 18 ff.

Mies, M. 1996 a); Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung. und 1996 b); Globalisierung der Wirtschaft und Hausfrauisierung international Paper, vorgetragen bei dem Kongreß: Frauenpower international, München 27.7.1996.

Mohanty, Bidyut, 1996; Globalisation and Grass Roots Democracy; in: BIJA Nr. 15/16 S. 9.

Rundbrief: Die Subsistenzperspektive Nr. 5, April 1995. Institut für Theorie und Praxis der Subsistenz (ITPS), Am Zwinger 16, 33602 Bielefeld.

Shiva, Vandana, 1995 a); GATT, Landwirtschaft und Frauen der Dritten Welt, in: Mies, M. u. Shiva, V.: Ökofeminismus; Rotpunktverlag, Zürich; und
1995 b); Captive Minds, Captive Lives; Ethics, Ecology and Patents on Life; Research Foundation for Science, Technology and Natural Resource Policy, New Delhi; und
1995 c); Food Security: The Problem in: Seminar Nr. 433, Sept. 1995, S. 12-15, New Delhi und
1995 d); Peoples' Charter for Food Security Freedom for Trade vs. Freedom from Hunger. Third World Network (India) and Research Foundation for Science Technology and Natural Resource Policy; A-60 Hauz Khas, New Delhi und
1996; The Alternative Corporate Protectionism; in: BIJA, the Seed, Nr. 15-16, S. 1-8, New Delhi.

The Ecologist, 1995; Die Hungermaschine. Ein offener Brief an Edouard Saouma, Generaldirektor der FAO. Text (gekürzt) nach: The Ecologist Vol 21 (2) März/April 1991, abgedruckt in: BUKO-Dossier: Welternährung, Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 197/198 Nov. 1995.

Waring, Marilyn, 1989; If Women Counted. A new feminist economics; Macmillan, London.

v. **Werlhof, Claudia, 1992;** Der Proletarier ist tot. Lang lebe die Hausfrau. in: Frauen die letzte Kolonie; Rotpunktverlag, Zürich